Erfolgreiche Klimapolitik braucht Akzeptanz



Eine aktuelle Studie des US-amerikanischen Santa Fe Institutes in Zusammenarbeit mit dem Exzellenzcluster "The Politics of Inequality?"der Universität Konstanz zeigt: Klima-Verbote können grüne Werte untergraben. Im Gegenzug können gut konzipierte Maßnahmen diese aber auch fördern. Dafür müssen die Maßnahmen als wirksam wahrgenommen werden und dürfen nicht zu sehr in die Privatsphäre eindringen.

Fahrrad statt PKW, autofreie Innenstädte und der Verzicht auf Fleisch und Flugreisen: So stellen sich viele Menschen ein idealisiertes Leben unter Einhaltung aller Klimaschutzmaßnahmen vor. Ein Großteil von ihnen fühlt sich jedoch deutlich eingeschränkt, wenn ihnen eine solche Lebensweise vorgeschrieben wird. Das kann zur kompletten Ablehnung aller Maßnahmen führen. Was von Entscheidungsträger*innen beachtet werden muss, um die Akzeptanz zu erhöhen, ist Kernpunkt einer kürzlich veröffentlichten Studie.

Hauptautorin ist die Psychologin und Verhaltensökonomin Katrin Schmelz. Sie begann ihre Untersuchung zu dem Thema bereits 2022 am Exzellenzcluster "The Politics of Inequality" der Universität Konstanz. Inzwischen ist sie am Santa Fe Institute beschäftigt, wo sie eng mit dem Co-Autor der Studie, dem Wirtschaftswissenschaftler Samuel Bowles, zusammenarbeitet. Bereits die Datenerhebung haben die beiden gemeinsam durchgeführt und dafür mehr als 3.000 Teilnehmende aus Deutschland zu ihrer Einstellung gegenüber verschiedenen klimapolitischen Maßnahmen befragt.

Gute Einstellungen können verdrängt werden

Die repräsentative Befragung ergab, dass sich strikte Vorschriften selbst bei Befürworter*innen einer klimafreundlichen Politik negativ auswirken können. "Politische Gebote und Verbote können sehr wirksam sein. Das war in der Vergangenheit beispielsweise bei der Gurtpflicht und den Rauchverboten der Fall. Bei den Klimamaßnahmen zeigen unsere Ergebnisse jedoch, dass der Widerstand gegen Verpflichtungen sehr groß ist. Selbst bei Menschen, die sich freiwillig für einen nachhaltigen Lebensstil entscheiden würden, können Vorschriften und Verbote grüne Werte untergraben", erklärt Schmelz.

In der Psychologie ist dieses Verhalten als Verdrängungseffekt bekannt. Die Abneigung gegen äußere Kontrolle verdrängt in diesem Fall die zuvor bestehende Motivation, einen nachhaltigen Lebensstil zu verfolgen. "Der Effekt ist so groß, dass die Politik ihn in ihre Überlegungen einbeziehen und nicht ignorieren sollte", sagt Co-Autor Bowles. Denn politische Maßnahmen beeinflussen nicht nur ein bestimmtes Zielverhalten, sondern oft auch grundlegende Werte - und das im positiven wie im negativen Sinn. "Der Umgang der Politik mit einzelnen Klimaschutzmaßnahmen kann umweltbewusste Werte fördern. Es kann aber auch ins Gegenteil umschlagen und zu einer generellen Ablehnung führen", so Schmelz.

Klima-Verbote stoßen auf mehr Widerstand als Corona-Impfpflicht

Um die Ergebnisse besser einordnen zu können, wurden die Teilnehmenden im Rahmen der Befragung zusätzlich gebeten, verschiedene Covid-19-Maßnahmen zu bewerten. Überraschenderweise reagierten sie auf Klimavorschriften deutlich negativer als auf Covid-19-Restriktionen. "Da bereits bei den Covid-19-Maßnahmen die Umsetzung teils deutlich durch den Widerstand der Bevölkerung erschwert war, ist anhand der Ergebnisse davon auszugehen, dass die Umsetzung von notwendige Klimaschutzmaßnahmen noch herausfordernder wird", schlussfolgert Schmelz.

Vor allem ein zentrales Ergebnis der Studie könnte ein Hebel sein, um grüne Werte seitens der Politik wirksam zu fördern, fast Schmelz zusammen: "Menschen sind offener für Maßnahmen, die sie für wirksam halten und die sie nicht als Eingriff in ihre Privatsphäre empfinden. Sie reagieren auch viel positiver, wenn sie sich nicht in ihrer Freiheit eingeschränkt fühlen, was beispielsweise durch attraktive Alternativen gelöst werden kann. Wenn es der Politik also gelingt, diese Faktoren einzubeziehen, können zukünftige Klimaentscheidungen mehr Rückhalt in der Bevölkerung finden und zu einer Stärkung grüner Werte führen, anstatt sie zu untergraben."

Originalpublikation:

K. Schmelz, S. Bowles: An empirically based dynamic approach to sustainable climate policy design. Nat Sustain (2025). DOI: 10.1038/s41893-025-01715-5